



Antrag

Vorlage: AT/0031/2025		Datum: 13.03.2025	
Verfasser: 02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen		Az.:	
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)			
Gremienweg:			
27.03.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschliesst den Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) und die Umsetzung des 10 – Punkte – Aktionsplanes. Zur Umsetzung des Aktionsplanes erstellt die Verwaltung ein Konzept, in dem sie Bedarfe und Ziele definiert und eine Umsetzungsstrategie darlegt, um die Inhalte des 10-Punkte-Aktionsplanes umzusetzen.

Begründung:

Die europäische Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO (ECCAR) besteht seit 2004 und wurde in Nürnberg gegründet. Das Konzept basiert auf der Einsicht, dass Diskriminierung vor Ort entsteht und demnach auch vor Ort bekämpft werden muss. Die UNESCO kooperiert heute mit regionalen Städtekoalitionen in sechs Weltregionen, um geeignete, lokal angepasste Strategien zur Rassismusbekämpfung zu entwickeln und gleichzeitig von der Stärke eines Netzwerkes zu profitieren. In Deutschland sind über 30 Städte Mitglied, u.a. Düsseldorf, Köln, Dortmund, Bielefeld, Bonn und Berlin.

Mit dem Beitritt zur Koalition verpflichten sich die Städte zur Umsetzung eines Aktionsplans mit folgenden Punkten: verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus (Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritäts-Netzwerkes), Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen, bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung, bessere Information der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen und über Sanktionen für rassistisches Verhalten.

Weiterhin sollen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden und die Stadt sich als Arbeitgeberin Chancengleichheit und Gleichberechtigung einsetzen. Konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen sollen entwickelt werden. Weiterhin geht es um Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen, die Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen, im öffentlichen Raum und im städtischen Leben sowie um Entwicklung oder Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements.

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: